

Dienstag, 28. November 2006 | Insel Rügen

Austausch über IT-Standort Putbus

Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft weilten kürzlich zu Gast in Putbus, um sich bei einer Strategiekonferenz über die Zukunft des IT-Circus in Putbus zu informieren.

Putbus Das neue Forschungszentrum am Putbusser Circus hatte kürzlich zu einer Konferenz eingeladen. Gekommen waren Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zu einem offenen Austausch zum Standort des geplanten Zentrums für Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK) und zu Strategiefragen unter der neuen Landesregierung, heißt es in einer Pressemitteilung des IT-Science-Centers. Dessen Geschäftsführer Ernst Schulte konnte alle im Landtag vertretenen Parteien, mit Ausnahme der NPD, begrüßen und unter den Universitätsprofessoren den neu gewählten wissenschaftlichen Leiter und Institutsdirektor Prof. Dr. Andreas Heuer von der Universität Rostock.

Landrätin Kerstin Kassner wünschte dem neuen Forschungszentrum, den hier Arbeitenden und vor allem aber dem Spiritus Rector, Dr. Reinhard Wendlandt, Glück und Mut für die Zukunft. Der Vorsitzende des Amtes für Wirtschaftsförderung des Landkreises Rügen, Rolf Kammann, gab eine Einschätzung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage auf Rügen. Er konnte auch Positives berichten: Die Lage der IT-Branche als Wachstumsbereich für die Region. Dr. Wendlandt gab anschließend einen Ausblick auf den Status hinsichtlich der Realisierung des IT-Circus Putbus. Er konnte an Hand neuer Fakten und Aufträge einen erfolversprechenden Eindruck vermitteln.

Prof. Dr. Andreas Heuer stellte die Forschungsarbeit am IT-Science-Center dar, gab dabei einen Überblick über die laufenden und geplanten Projekte sowie über die Forschungsschwerpunkte. Dabei erfuhren die Zuhörer interessante Details aus der Praxis industrienaher Forschung und solcher, die als Grundlagenforschung bezeichnet werden muss. Derzeit sind es sechs wissenschaftliche Vorhaben, die im IT Science Center verfolgt werden.

Die Experten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft erklärten, sich verstärkt für die Anliegen einsetzen zu wollen.